te „ULK“ Morgen-Ausgabe Einzel-Nummer 20 Pfennig.

t wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Moden-el“ mit „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „ULK“, „Haus Hof n“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentl. 1.25, monatl. 5.50 RM Zustellung durch die Boten frei, im voraus zahlbar; durch die Post 5.50 RM monatl. exkl. Zu-Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandversand. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition e Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Italien, Luxemburg, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt kreits haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden ts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer 40 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 2460—2465, für den kehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheck-Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen stimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 83; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 246; Wilhelmstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fransstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Lauenzienstr. 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 29; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Zehlendorf-Grunewald: Hubertusplatz; Lichterfelde: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kräutstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 53; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Münchenstr. 24.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 442 gabe für Berlin

54. Jahrgang Freitag, 18. September 1925

## Italien und die Paktfrage.

### „Eine Allianz gegen Deutschland könnte niemals eine Friedensgarantie bilden!“

### ne Unterredung mit dem italienischen Unterstaatssekretär Grandi.

Telegramm unseres Korrespondenten

**Dr. Willi Ruppel.**

# **Genf,** 17. September.

Deutschland ist man sich darüber klar, daß die Beteiligung der italienischen Regierung an der Konferenz der Außenminister und ihre Stellung zum Ergebnis der Verhandlungen von größter Bedeutung sind. Darum begnügt man sich in der deutschen Oeffentlichkeit so lebhaft mit der Frage, in welcher Weise und in welchem Ausmaße Italien sich an den kommenden Verhandlungen zu beteiligen gedenkt, ob Mussolini persönlich auf der Konferenz erscheinen, und eine Regierung tun wird, wenn die Konferenz ein positives Ergebnis hat. In diesem Zusammenhang ist es als bedeutungsvoll bezeichnet worden, daß Mussolini seinen besonderen Vertrauensmann, den Unterstaatssekretär im Außenministerium Grandi, entsandt hat, dessen Reise nach Rom in der letzten Woche zu den lebhaftesten Kommentaren Anlaß gegeben hat. Unterstaatssekretär Grandi hatte die Freundlichkeit, sich in einer längeren Unterredung mit gegenüber in einer Weise auszusprechen, die in Deutschland sicher lebhaftes Interesse wecken wird. Zunächst stellte dem Unterstaatssekretär zunächst die Frage, in welcher Weise sich Italien an der Konferenz der Außenminister zu beteiligen gedenke. Er erwiderte: „Die italienische Regierung wird teilnehmen und wird sich ihre **endgültige Zusagnahme vorbehalten.**“ Die Frage nach der persönlichen Teilnahme Mussolinis beantwortete er dahin: „Wir wissen noch nicht, ob Mussolini teilnehmen wird. Sie wissen, daß er Ministerien verwaltet, und wenn er an der persönlichen Teilnahme verhindert ist, wird jemand anders unsere Regierung vertreten. Wer dies sein wird kann ich noch nicht sagen.“

Im Gespräch wandte sich sodann der in der Völkerbundsversammlung gepflogenen Debatte über das Protokoll zu. Unterstaatssekretär Grandi sagte: „Ich erinnere Sie daran, daß es Italien gewesen ist, das zuerst seine Enttäuschung über das Protokoll und sein tiefes Mißtrauen in die Möglichkeit, durch eine Sicherung des Friedens zu schaffen, deutlich zu erkennen gegeben hat. Auf italienischer Seite war man diesmal erstaunt zu sehen, daß Großbritannien das Protokoll begraben wissen wollte, weil es sicherlich nicht das richtige Mittel gewesen wäre, um den Frieden in Europa zu sichern.“ Ich stellte die Frage, ob die italienische Regierung an die **Möglichkeit eines Sicherheitspaktes** glaube. Der Unterstaatssekretär erwiderte: „Ich glaube, daß es möglich ist, zu einem Pakt zwischen Frankreich und Deutschland zu gelangen, und daß ein solches Abkommen das beste Mittel zur Sicherung einer Friedensperiode wäre, die längere Zeit sein würde.“ Auf meine Frage nach einer möglichen **Teilnahme Italiens an einem Garantiepakt** erwiderte Exzellenz Grandi: „Italien will zuerst sehen, welches die Bedingungen eines solchen Paktes sind, und ob der Pakt so beschaffen sein wird, daß er eine sichere Garantie für den Frieden bringt. **Falls der Pakt sich in Wahrheit als ein Mittel zur Sicherung des europäischen Friedens erweist, würde Italien glücklich sein, an der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa teilzunehmen.**

Eine erste Voraussetzung, daß ein solcher Pakt einen wirklichkeitspakt im wahren Sinne des Wortes darstellt, ist eine aufrichtige Teilnahme Deutschlands. Das ist eine Hauptsache.“ In diesem Zusammenhange sagte er über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund: „Italien war die erste Macht, die ihren Wunsch, daß Deutschland dem Völkerbund beitritt, zu erkennen gegeben hat. Diese Erklärung Italiens gegeben, ehe man an den Abschluß eines Sicherheitspaktes gedacht hat. Was die Bedenken betrifft, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund entgegenstehen, so sind sie zunächst innere Angelegenheit Deutschlands. Ein Staatsmann, der wirklich die Herbeiführung einer Friedensperiode erstrebt, ist der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund das sicherste Pfand für die Garantie des Friedens.“

Unterstaatssekretär Grandi fuhr fort: **„Eine Allianz gegen Deutschland könnte niemals eine Friedensgarantie bilden!** Ein Pakt, an dem Frankreich und Deutschland, an dem die beiden Gegner beteiligt sind, ist eine Friedensgarantie. Wenn aber anderseits zum Beispiel den Fall eines Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland nehmen, so würde dies keine Garantie des Friedens sein. Ein einseitiger Pakt ist keine Friedensgarantie.“ Er setzte diesen Gedanken mit den Worten fort: „Ich kann in dieser Frage schwerlich von einer ewigen Neutralität sprechen. Aber es ist schon viel, wenn auf längere Zeit ein friedliche Lösung erzielt wird.“

Der Unterstaatssekretär äußerte sich sodann auch über die **Anschlußfrage.** Er tat dies mit großem Freimut. Zunächst verwies er auf die Erklärung Mussolinis im Senat zu der Frage und fuhr dann fort: „Die Anschlußfrage könnte die Gefahr mit sich bringen, den Frieden zu stören und der notwendigen, aufrichtigen freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den zwei Völkern in unwiederbringlicher Weise zu schaden.“ Der Unterstaatssekretär sprach dann von Südtirol. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er sehr entschieden den Gedanken: „Der Brenner ist das Tor unseres Hauses. Wir halten den Brenner und werden ihn niemals aufgeben. Wenn die Bevölkerung Südtirols nichts anderes will, als die Charakteristika ihrer deutschen Kultur zu bewahren, so wird das niemand bekämpfen. Aber ein Irredentismus, der an sich eine Torheit ist, kann der Sache der deutschen Kultur in Südtirol nur schaden. Das liegt auf der Hand. Bedenken Sie doch, wie winzig (!) diese Minderheit ist; vergleichen Sie sie mit den übrigen Minderheiten, mit den deutschen Minderheiten in anderen Staaten.“ Nachdrücklich betonte der Unterstaatssekretär: „Der Irredentismus in Südtirol ist töricht. Er gereicht der so viel wichtigeren Sache der Beziehungen zwischen den beiden Völkern nur zum Schaden!“

Unterstaatssekretär Grandi sprach mit sorgfältigster Abwägung seine Worte. Er ließ in allem, was er sagte, den **lebhaften Wunsch nach besten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland** durchblicken. Er brachte gerade diesen Gesichtspunkt in der sympathischsten Weise zum Ausdruck und ermächtigte mich, diese Haltung seiner Regierung besonders zu betonen. Die Unterredung, die der vielbeschäftigte Staatsmann zwischen dringenden anderen Pflichten ermöglicht hatte, führte er mit gewinnendster Liebenswürdigkeit und dem Ausdruck bestimmter Ueberzeugung und schloß mit dem schönen Wort: „Die wahre auswärtige Politik stützt sich nicht nur auf die Beziehungen zwischen den Regierungen, sondern vielmehr auf die tiefwurzelnden inneren Beziehungen zwischen den Völkern.“

*

Wir verkennen nicht die friedliche Gesinnung des Herrn Grandi, und ganz wie ihm erscheinen auch uns freundschaftliche Beziehungen zwischen dem deutschen und dem italienischen Volke überaus wünschenswert. Aber gewisse Fragen, wie diejenige des deutsch-österreichischen Zusammenschlusses, betrachtet der italienische Staatssekretär natürlich von seinem italienischen Standpunkt aus, und sein Gerechtigkeitsgefühl dürfte ihm sagen, daß es in dieser Frage und auch in der Frage Südtirols noch einen anderen Standpunkt geben kann. Was Südtirol betrifft, so wird natürlich kein vernünftiger Mensch für einen sinnlosen Irredentismus eintreten wollen. Daß die Empfindungen unterdrückter Volksstämme aber achtbar und berechtigt sind, erkennt Herr Grandi gewiß selber an, wenn er seine Erinnerung zurück auf die Vergangenheit und die Schicksale Italiens lenkt. Wir wiederholen, daß wir einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen den beiden Völkern hohen Wert beimessen, und besonders dann, wenn dieses Verhältnis auf Vernunft und Gerechtigkeit beruht. Es wird mit Genugtuung begrüßt werden, wenn eine Beteiligung Italiens an den Paktverhandlungen in diesem Sinne sich vollziehen wird.

### Die belgische Konferenzeinladung.

Der belgische Gesandte, Evertz, suchte gestern nachmittag den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. v. Schubert, auf, und überreichte ihm im Anschluß an den Schritt des französischen Botschafters und des englischen Geschäftsträgers ein Memorandum, das namens der belgischen Regierung die Einladung zu einer Konferenz über den Sicherheitspakt enthält. Das Memorandum stimmt inhaltlich völlig mit dem französischen Memorandum und der englischen Note überein.

### Sicherheitsverträge auch auf dem Balkan?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

# **Genf,** 17. September.

Mit Bezug auf die vom rumänischen Außenminister Duca in seiner Rede in der Völkerbundsversammlung gemachte Feststellung, daß Rumänien bereit sei, mit seinen sämtlichen Nachbarn gegenseitige Garantieverträge abzuschließen, teilt das „Genfer Journal“ mit, daß eines der Nachbarländer in diesem Sinne bereits mit der rumänischen Delegation in Besprechungen eingetreten sei, um die Bedingungen eines solchen Vertrages festzustellen.

## Der unmögliche Entwurf des Reichsschulgesetzes.

### Die Verewigung der Bekenntnisschule.

Von

**Erich Dombrowski.**

Der Sicherheitspakt ist gewiß ein wichtiges Problem. Die außenpolitischen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sollen in ihm auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Zölle und Steuern greifen tief in das wirtschaftliche Leben jedes einzelnen ein. Kein Wunder, daß um diese materiellen Fragen heftig gestritten wird. Viel zu sehr sind wir in dem letzten Jahrzehnt äußerlich bedrängt und bedrückt worden, als daß wir den ideellen, den geistigen Dingen die notwendige Aufmerksamkeit hätten schenken können. Nun aber, da unser nationales und wirtschaftliches Dasein, nach einem oft verzweifelten Ringen um die nackte Existenz, wieder einigermaßen gesichert erscheint, macht das Innenleben des Menschen wieder stärker seine Ansprüche geltend. Erziehungsfragen treten, nach vielen Einzelexperimenten, jetzt wieder in breiter Front in den Vordergrund. Ein neuer Kampf um die Schule beginnt. Die Weimarer Verfassung hat sich mit einem Kompromiß beholfen. Die freiheitlichen Ideen der Linksparteien wurden darin nur in ihren äußeren Umrissen festgelegt. Alles weitere wurde einem besonderen Reichsschulgesetz, also einer späteren und ruhigeren Zeit, überlassen. Der erste Entwurf, den dann das Reichsinnenministerium vorlegte, stieß auf Widerstand und wurde fallen gelassen. Nun hat die Reichsregierung, die sich auf die Rechtsparteien und das Zentrum stützt, der Oeffentlichkeit eine neue Vorlage unterbreitet. Droht ihr dasselbe Schicksal wie ihrem Vorgänger? Wahrscheinlich. Diesmal freilich aus anderen Gründen. Diesmal, weil sie die Entwicklung der deutschen Schule wieder zurückschrauben will.

*

Zwei Anschauungen stehen, um schematisch zu sprechen, einander gegenüber. Die eine, die alle Erscheinungen und Aeußerungen des menschlichen Lebens, zentripetal, auf die Religion zurückführt und die Religion gleich Kirche setzt. Sie legt vor allem Beschlag auf die Jugend, auf jene menschliche Entwicklungsepoche, da sich Herz und Gemüt, Geist und Verstand erst bilden. Sie verlangt die Konfessionalisierung des gesamten Erziehungswesens: der Volks- und der Mittelschule, des Gymnasiums und, wenn es geht, auch der Universität. Die andere Richtung geht vom Staatsgedanken aus, von der Idee der Gemeinschaftsgesinnung und der freien Willensbetätigung im Interesse des Gesamtwohls. Religion ist ihr keine Staats-, sondern eine Privatangelegenheit, ist ihr Verknüpfung der Seele mit dem Göttlichen, das sich im Menschen in den verschiedensten Formen manifestiert. Die Schule als das Erziehungsorgan des Staates hat dem Kinde zunächst nur den Kenntnisstoff zu unterbreiten, ihm die geistigen Schätze der Vergangenheit aufzuzeigen, seinen Geist und Körper zu stählen und es zu einer selbständigen Urteilsbildung heranzuziehen. Auch in den religiösen Dingen. Mag die Philosophie Kants in manchem überholt sein, in einem ist es seine Erkenntniskritik nicht: in der Absteckung der Grenzen, über die die menschlichen Denkfunktionen nicht hinausgelangen können. So darf es nicht überraschen, daß wir hier, auf dem Gebiete des Seelischen, den verschiedensten Formulierungen des Göttlichen, auch in seinem Verhältnis zum Menschen, begegnen, während wir in der exakten Wissenschaft, innerhalb der uns von Natur gegebenen Denkmöglichkeiten, eine Unmenge feststehender, allgemeingültiger Begriffe haben. Gewiß, die Kirche als Organisation einer bestimmten Glaubensrichtung soll in ihren Rechten unangetastet bleiben. Denen, die sich zu ihr bekennen, soll sie Erziehungs- und Heilsanstalt sein. Aber außerhalb der Schule, die der Staat eingerichtet hat.

*

Diese Anschauung, für die die Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts und der Liberalismus der vergangenen Jahrzehnte gekämpft haben, entspricht auch dem Wesen der Demokratie. In der Weimarer Reichsverfassung ist das an zwei Stellen festgelegt: in der Proklamierung der Religionsfreiheit, in der Feststellung, daß es keine Staatskirche gebe, und endlich, im Hinblick auf die Schule, in der Bestimmung des Artikels 146, daß „für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern, maßgebend sind.“ Damit ist in der Verfassung der Grundsatz der Gemeinschafts- oder Simultanschule unzweideutig ausgedrückt worden. Allerdings sieht das Kompromiß, das damals zwischen der Demokratischen Partei, der Sozialdemokratie und dem Zentrum zustandekam, aus Gründen der Toleranz Ausnahmen vor. Der Wille der Erziehungsberechtigten sollte möglichst berücksichtigt werden, um jeden Zwang auszuschalten. „Innerhalb der Gemeinden sind daher“, wie es in dem zweiten Absatz desselben Verfassungsartikels heißt,